

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 05 / 2018

BAYERN

Entschlossen gegen das neue Polizeiaufgabengesetz
Gemeinsam für Freiheit!

Seite 7

PARTEILEBEN

Mut zur Zuspitzung!

Ein Beitrag zur Debatte über die „Erneuerung“ der SPD

Seiten 4 und 5



Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser,

155 Jahre hat es gedauert, bis das erste Mal eine Frau an die Spitze der Sozialdemokratie gewählt wurde. Auf dem Parteitag in Wiesbaden hat sich Andrea Nahles in einer Abstimmung durchsetzen und eine Zweidrittel-Mehrheit erzielen können. Herzlichen Glückwunsch dazu!

Die neue Parteivorsitzende hat in ihrer Vorstellung zurecht darauf hingewiesen, dass dies auch ein Verdienst der vielen Frauen ist, die sich jahrzehntelang für Gleichstellung und Gleichberechtigung eingesetzt und unermüdlich für ihre Rechte eingestanden haben.

Auf dem Parteitag ging es außerdem viel um den Erneuerungsprozess. Vor allem die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme rückt dabei in den Mittelpunkt. Die digitalisierte Arbeitswelt 4.0 braucht einen Sozialstaat 4.0. Zudem wird uns die Frage der Grundsicherung - und ob Fördern und Fordern überhaupt angemessen austariert sind - beschäftigen. Diese Debatte werden wir auch in Nürnberg aktiv aufgreifen.

Euer

Thorsten Brehm

„Wir sind ‘ne Arbeiterpartei – packen wir’s an!“

Andrea Nahles ist Bundesvorsitzende der SPD



Fotos: SPD

Andrea Nahles ist die erste weibliche Vorsitzende der SPD in ihrer 155-jährigen Geschichte.

VON ANDREAS MITTELMEIER

Ein neues Kapitel in der 155-jährigen Geschichte der SPD wird geschrieben: Andrea Nahles ist die erste Frau an der Spitze der SPD! 600 Delegierte waren am 22. April zu einem außerordentlichen Parteitag in Wiesbaden zusammengekommen. Sie wählten die Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und ehemalige Arbeitsministerin mit Zweidrittelmehrheit zur Parteivorsitzenden. Andrea Nahles setzte sich somit klar gegen die Mitbewerberin, die Flensburger Oberbürgermeisterin Simone Lange, durch.

Das Ergebnis brachte nicht, wie von vielen erhofft, das klare Signal, dass sich die Partei nach Monaten der Aufarbeitung des schlechten Bundestagswahlergebnisses und der kontroversen Diskussionen über den erneuten Eintritt in eine Bundesregierung mit der Union, nun geschlossen zeigen will. Ein anderes Zeichen wurde durch den Parteitag jedoch gesetzt: die „gläserne Decke“, die den Aufstieg von Frauen in die obersten Führungsebenen oft versperrt und die, wie Andrea Nahles in ihrer Rede kritisch anmerkte, auch in der SPD existiert hat, ist durchstoßen und bleibt offen!

Impulse für

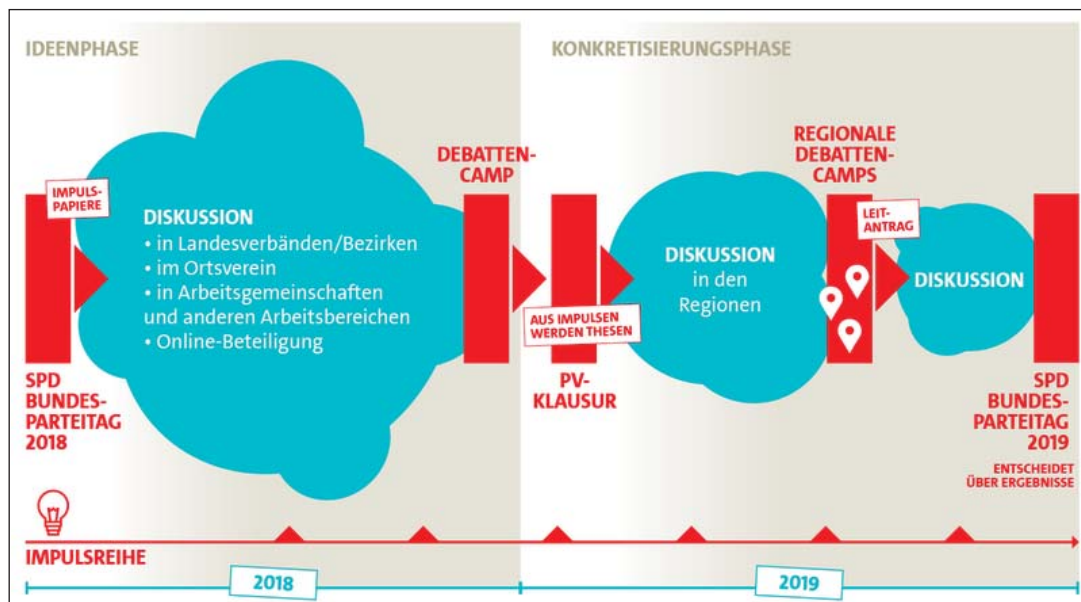
Programmatische Erneuerung

Nicht nur personell sondern auch für die programmatische Erneuerung brachte der Parteitag neue Impulse.

Vier grundsätzliche Themenkomplexe sollen bei diesem Prozess im Fokus stehen: Wie können Wohlstand und Wachstum gerecht und nachhaltig gestaltet werden, so dass sie der Gesellschaft in ihrer Breite zugutekom-

men? Wie wollen, wie werden wir in Zukunft arbeiten? Wie schaffen wir es, allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Umbruch neue Chancen zu eröffnen, Sicherheit zu geben? Wie kann der Sozialstaat einfacher, unbürokratischer, gerechter und auch in Zukunft vernünftig finanziert werden? Wie soll Deutschlands Rolle in einer sich rasant verändernden Welt aussehen?

Andrea Nahles warb dafür, die Antworten auf die großen Fragen der Zeit eng an den sozialdemokratischen Grundwert der Solidarität zu knüpfen: „Freiheit ist das Wichtigste. Gerechtigkeit ist unser Ziel. Aber Solidarität ist doch das, woran es am meisten fehlt in dieser globalisierten, neoliberalen, turbodigitalen Welt. Dinge solidarisch zu organisieren heißt: Risiken auf viele Schultern zu verteilen. Sicherheiten zu schaffen.“



Alle Genossinnen und Genossen sowie interessierte Nicht-Mitglieder sind herzlich eingeladen, sich mit ihren Ideen für eine starke Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert einzubringen.

„Wir sind 'ne Arbeiterpartei“, so die neue Vorsitzende zum Abschluss des Parteitags. „Wir sind auch Arbeiter am eigenen Weinberg. Packen wir's an!“ ■

FUSSBALLSTAMMTISCH „VORSPIEL – 1.FCN : F95“

IN DEN FARBEN GETRENNT, IN DER SACHE VEREINT!?

FREITAG, 11. MAI 2018 UM 18 UHR
BEIM ‚FRITTENKALLE‘ AM KLEINEN DUTZENDTEICH
ALFRED-HENSEL-WEG 1, 90471 NÜRNBERG

Der Nürnberger Landtagsabgeordnete Stefan Schuster lädt im Vorfeld des letzten Spieltags herzlich zum Fußballstammtisch „VORSPIEL – 1.FCN : F95“ ein. Zusammen mit Clubfans möchte er gemeinsam mit seinen Gästen aktuelle Fußball-Themen aus Sicht der Politik und der Fanszene beleuchten, z.B. Fanprojektarbeit in Nürnberg und Düsseldorf, Polizeifinanzierung und -aufgaben, Kommerzialisierung des Fußballs, ...

Stefan Schusters Gäste:

Markus Herbert Weske, NRW-Landtagsabgeordneter, stv. Vorsitzender Sportausschuss, Präsident Fortuna-Fan-Club ‚Rote Karte gegen Rechts‘

Katja Erlspeck-Tröger, Leiterin Fanprojekt Nürnberg

Dirk Bierholz, Leiter Fanprojekt Düsseldorf

Moderation: Manfred Endebrock, Sozis für den Club

STRASSENFEST GEGEN RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG

09. JUNI 2018,
14 - 22 UHR, AUFSESSPLATZ

Mit dem Straßenfest: „Gegen Rassismus und Diskriminierung – Für ein besseres Zusammenleben“ wollen wir gemeinsam ein Zeichen gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Islamophobie, Antisemitismus und gegen jegliche Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit setzen.

Auch die SPD Nürnberg beteiligt sich wie in den vergangenen Jahren an diesem Fest.

EU-Strukturfonds – (wie) geht es weiter?

Stehen wichtige Projekte in der Region vor dem Aus?

VON KERSTIN WESTPHAL, MDEP

Quizfrage für alle, die Nürnberg kennen: Was haben die Dr.-Theo-Schöller-Mittelschule, die berufliche Servicestelle „indi:vidu:elle“ und die Bereitschaftspolizei in Nürnberg gemeinsam? Antwort: Sie alle werden durch die europäischen Strukturfonds ESF und EFRE unterstützt.

Nächste, leider sehr ernste Frage: Stehen diese (und dutzende ähnliche Projekte in ganz Bayern) vor dem Aus? Antwort hier: Es besteht zumindest die Gefahr!

Diese Frage stellt sich nämlich momentan bei der Diskussion über den Haushalt der EU für die Jahre 2021 bis 2027. Denn: Durch den Brexit fällt ein Nettoszahler weg, das heißt wir werden weniger Einnahmen haben. Auf der anderen Seite werden wir größere Ausgaben haben, wenn Europa tatsächlich mehr für die Bekämpfung von Fluchtursachen, für gemeinsame Verteidigung und für eine bessere Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit tun soll. Diese Lücke müssen wir füllen. Nur durch Sparen wird das nicht gehen.

Wegfall der Mittel für „reiche“ Regionen?

Einige prominente Stimmen in Brüssel und in den Mitgliedstaaten sehen Einspar-Potenzial in der Strukturförderung. „Reiche“ Regionen, so heißt es oft, bräuchten doch keine Förderung mehr. Die Kommission hat ausgerechnet, dass man mit einer Streichung der Gelder für diese Regionen knapp 9% des EU-Haushalts einsparen könnte.

Als Abgeordnete im Regionalaus-schuss (und als langjährige Stadträtin) weiß ich: Auch unsere Kommunen stehen vor Problemen. Auch bei uns in Franken gibt es gefährliche demographische Entwicklungen und teilweise

hohe Arbeitslosigkeit. Bayern ist eine der europäischen Regionen, wo besonders viele Flüchtlinge ankommen und wo Geld für Betreuung und Integration benötigt wird.

Zweitens, und das finde ich auch wichtig, ist die EU-Strukturpolitik eine Politik der Solidarität aller Europäerinnen und Europäer. Natürlich unterstützen wir damit vor allem ärmere Regionen, die aufholen müssen. Aber unter Solidarität verstehe ich eben auch, dass Regionen denen es besser geht, ebenso ihre Unis fördern, Maßnahmen für Aus- und Weiterbildung unterstützen oder ihre Gebäude energetisch sanieren können.

Vorschläge am 2. Mai - und wichtiger Stichtag Ende des Monats

Die EU-Kommission will dieser Tage ihre Vorschläge vorlegen. Ich hoffe, dass der zuständige Kommissar Oettinger sich an die Linie gehalten hat, die er mir gegenüber auch in mehreren persönlichen Gesprächen angedeutet hatte: Nämlich dass er meine Einschätzung teilt, und an der Förderfähigkeit aller Regionen festhalten will. Im April haben wir im Europaparlament beschlossen, dass die Förderung aller Regionen (also auch der stärker entwickelten) eine „rote Linie“ für das Parlament bei den anstehenden Verhandlungen sein soll.

Der nächste wichtige Stichtag ist Ende diesen Monats: Dann will die Kommission vorstellen, wie sie sich die künftige Regionalpolitik (jenseits der finanziellen Fragen) vorstellt.

Da wird es darum gehen, die konkreten Regionalfonds-Verordnungen so zu gestalten, dass wir das Geld noch stärker auf sinnvolle Projekte fokussieren, und dass wir die bürokratischen Anforderungen reduzieren. Es darf einfach nicht sein, dass Städte oder Sozialverbände aus Sorge vor Papier-



Bergen gar keinen Antrag stellen! Hier muss ordentlich nachjustiert werden, dafür werde ich wieder kämpfen. ■

Nürnberg
SPD

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
Verantwortlich: Michael Arnold
Redaktion: Thorsten Brehm,
Tim Koss, Andreas Mittelmeier,
dsp@spd-nuernberg.de
Redaktionsanschrift:
der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,
90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.
Auflage: 5.500 Exemplare

Mut zur Zuspitzung!

Ein Beitrag zur Debatte über die „Erneuerung“ der SPD

VON NASSER AHMED UND KERSTIN GARDILL

Gedanken vorab

Wir sind uns sicher: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die erneuerungsfähigste aller Parteien. Wie sonst könnte es uns – ohne ständige Erneuerung - nach mittlerweile Sage und Schreibe 155 Jahren noch geben? Gerade die Nürnberger SPD – bald auch schon stolze 152 Jahre alt – beweist das



Nasser Ahmed, stv. Vorsitzender des Unterbezirks Nürnberg und Kerstin Gardill, Landtagskandidatin

immer wieder. Durch die tiefe Verwurzelung der Partei bis in die Stadtteile hinein, gelingt es der Nürnberger Parteigliederung die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt wie mit einem Brennglas abzubilden. Sie formuliert Antworten und sie hat Visionen. Bis auf sechs Jahre hat die Nürnberger SPD in Nürnberg seit Ende des Zweiten Weltkrieges immer die Regierungsverantwortung getragen und es geschafft, trotz großer Herausforderungen, wie zum Beispiel den Niedergang von Unternehmen mit Weltrang (Grundig, Quelle, AEG) und dem damit verbundenen Verlust von Arbeitsplätzen, oder auch die Zuwanderung, die

Bedürfnisse der Menschen abzubilden und Nürnberg in seiner Vielfalt zu stärken. Geschafft hat das die Nürnberger Parteigliederung vor allem durch zwei wesentliche Aspekte: Durch ihre Offenheit und durch ihr Motto: Mehr Miteinander. Angst vor Erneuerung hatte die Nürnberger SPD nie. Das zeigt schon allein die Tatsache, dass auf Stadtratslisten und Landtagslisten immer wieder „neue“ und „junge“ Menschen eine

Chance bekommen, sich auf aussichtsreichen Plätzen für ein Mandat zu bewerben. Das Credo des „Mehr Miteinander“ mag zwar für den ein oder anderen etwas lahm werden, aber zentraler Baustein für das Funktionieren und die Integrationsleistung einer Gesellschaft. Nürnberg in seiner Vielfalt zeigt, dass Miteinander möglich ist und: sogar noch mehr Möglichkeiten schafft.

Wir wissen natürlich auch, dass die Umfragewerte auf Landes- und Bundesebene für uns alles andere als erfreulich sind. Das Wahlergebnis des 24. September 2017 zeigt uns, dass wir offenbar immer weniger Menschen eine politische Heimat geben. Im Folgenden versuchen wir die Gründe hierfür aufzuzeigen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. So viel vorab: Wir brauchen mehr Mut zur Zuspitzung! Wir sind die Partei, die Antworten auf die wachsende soziale Ungleichheit geben und diese stoppen kann, denn wir sind genau

deswegen erst entstanden: um für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen.

Erneuerung

Letztlich geht es bei der Erneuerung um folgende Frage: Kann die Sozialdemokratie den Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit wieder anführen? Ja, das geht! Dafür braucht es aber Anstrengungen.

Und das geht nicht als Partei des „Weiter so“. Sondern nur als eine Partei, die sich wieder traut, zu polarisieren. Für mehr Freiheit und Gleichheit und gegen deren Feinde. Vorrangig für gleiche Teilhabe am Wohlstand in einem reichen Land und gegen Unternehmen, die trotz Milliarden-Gewinnen Arbeiter vor die Tür stellen. Für prekär Beschäftigte, Ausgebeutete und gegen die Zeitarbeits-Mafia, sowie die schwarzen Schafe. Für soziale Absicherung von 99% und gegen die 1% Multimilliardäre, die keine Steuern zahlen, aber auf Kosten des Gemeinwohls leben. Für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und gegen Sexisten und patriarchalische (Einwanderer-)Strukturen. Für eine vielfältige Gesellschaft und gegen die neuen Rechtsextremen, Völkischen und Zündel-Dobrindts. Wir sind die Partei des Fortschritts und eines Wohlstands, von dem alle gleichermaßen profitieren und durch den sich gleichzeitig jeder möglichst frei entwickeln kann. Wir sind die Partei eines Fortschritts, der viele Feinde hat. Und wir sind die Partei, die sich von diesen wieder radikaler abgrenzt. Nicht zuletzt daran hat es in den letzten GroKos gefehlt: an Abgrenzung und Zuspitzung.

Die Agenda und der Raubtierkapitalismus

Viele kluge Menschen haben in den letzten Monaten öffentlich analysiert, weshalb die Sozialdemokratie in Europa in der Krise steckt. Die Krise, so zeigt sich, hat viel mit dem Verlust der alten „Mitte“ zu tun. Und noch mehr

mit dem Zerreißen des gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Globalisierung, Strukturwandel und neoliberale Wirtschaftspolitik: der entfesselte Kapitalismus hat ein bestehendes gesellschaftliches Band zerrissen. Anfang des Jahrtausends brauchte es als Antwort auf diese neuen Strukturen auch eine neue Sozialdemokratie. New Labour und die Agenda 2010 waren geboren. Nüchtern betrachtet geschah etwas Paradoxes: Sozialdemokraten in Europa haben den entfesselten Kapitalismus teilweise in ihr Programm übernommen. Doch: Die Globalisierung ist kein Naturereignis. Sie ist Ergebnis politischer Entscheidungen. Es handelt sich um einen von Reagan, Thatcher und der Chicagoer Schule um den Volkswirt Milton Friedman gestarteten, globalen Feldzug der Entzerrung, Privatisierung von Volkseigentum sowie Deregulierung von Finanzmärkten. Das Ziel war es, die ins Stocken geratene Kapitalakkumulation für einige hundert Kapitaleigner anzukurbeln. Zum sagenumwobenen trickle down für „den kleinen Mann“ kam es so nicht. Spätestens die Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte, welche schwindelerregenden Auswüchse das neue Weltwirtschaftssystem hatte. Neben dem Platzen riesiger Spekulationsblasen wurde vor allem auch etwas für den europäischen Sozialstaat Schockierendes sichtbar: die Schere geht auf! Einige wenige hundert Familien besitzen Vermögen in schwindelerregenden Höhen – gleichzeitig steigt die Armut, es gibt eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, es gibt Menschen in prekären Lebensverhältnissen und vor allem wenden sich zunehmend große Teile der Gesellschaft von der Globalisierung, der EU, der damit verbundenen gesellschaftlichen Vielfalt ab.

New Labour als Geburtshelfer der AfD
 Letztlich übernahm die Sozialdemokratie in weiten Feldern die Position der radikalen (Wirtschafts-)Liberalen. Niemand steht so linientreu hinter der wirtschaftlich neoliberalen EU wie die Sozialdemokratie Europas. Wir müssen uns selbstkritisch fragen: wie wollen wir als Agenda- und EU-der-Multis-

und-der-Lobbyisten-Sozialdemokratie ernsthaft die Partei für gleiche Wohlstandsverteilung und egalitären Fortschritt sein? Die Partei für fortschrittliche Gleichheit zu sein, heißt immer auch den Unterdrückten und Ausgebeuteten eine Stimme zu verleihen. Wir denken, dass trotz vieler richtiger Schritte in den letzten GroKos (Mindestlohn und Co.) doch die Sozialdemokratie sowohl dem entfesselten Neoliberalismus auf allen Ebenen als auch der EU-der-Multis-und-der-Lobbyisten nicht allzu viel entgegengesetzt hat. Nur so ist auch zu erklären, dass die neuen Rechtsextremen überall in Europa bei der sozialen Frage einen Fuß in die Tür bekommen haben.

Polarisieren für Gerechtigkeit

Die neuen Rechtsextremen lösen keine sozialen Probleme. Sie nutzen sie für ihre Zwecke aus! Doch sie haben eine Erzählung, die die EU-der-Multis-und-der-Lobbyisten und die da oben herausfordern. Aber sie tun das nicht im Sinne einer fortschrittlichen Gleichheit aller Menschen.

Der Sozialdemokratie ist etwas Wichtiges abhandengekommen: Die Story eines „Wir“ gegen „die Anderen“, das unserem politischen Handeln eine Erzählung gibt. Politik bedeutet niemals nur einfache Interessensvertretung. Ob ich es plausibel finde, meine Wahlentscheidung nach meiner Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft oder nach meiner Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse zu treffen, ist kein Naturgesetz. Sondern das ist schon Ergebnis einer politischen Erzählung. Auch im 21. Jahrhundert geht's darum, ein Wir-Gefühl in Abgrenzung zu den Feinden der Freiheit und der Gleichheit zu bilden.

Es wird Zeit, dem faschistischen „Wir“ der neuen Rechten auch wieder sozialdemokratisches Wir entgegenzustellen. Martin Schulz' Rhetorik der „hart arbeitenden Menschen“, die vom Wohlstand nicht leistungsgemäß profitieren, gepaart mit der Corbyn- und Sanders'schen „Occupy-Wallstreet“-Rhetorik der 99%, denen etwas von

dem 1% der Multimilliardäre vorenthalten wird, ist eine solche Rhetorik, die ein Wir anbietet. Es ist ein für Vielfalt offenes „Wir“, das dem ausgrenzenden „Wir gegen die Ausländer“ der neuen Rechtsextremen entgegengehalten werden kann.

Demokratische Politik ist mehr als Konsense in einer GroKo zu erreichen, sondern ein Kampf für mehr Gerechtigkeit. Wir hier unten gegen die da oben war das Geburtsmotto der Demokratie und der Sozialdemokratie.

Die SPD muss daher den Kampf wieder aufnehmen. Gegen die Multimilliardäre, die keine Steuern zahlen, gegen SIEMENS-Manager, die trotz Rekordgewinnen Arbeiter entlassen, genauso, wie gegen patriarchalische AfDler und CSUler, die über die #metoo-Debatte lachen. Klare Kante für mehr Gerechtigkeit wird von einigen abfällig als Linkspopulismus bezeichnet. Doch die Zuspitzung, die wir fordern, hat nichts mit Fake-News-Populismus und Verschwörungstheorien zu tun. Diese rhetorische Zuspitzung, die wir fordern, ist zwingende Aufgabe einer Sozialdemokratischen Partei in einem Land, in dem 36 Menschen über so viel Vermögen besitzen, wie die Hälfte aller Bürger und gleichzeitig 1.000 Tafeln Arme zu Almosenempfängern machen. Was wir verlangen ist in allererster Linie eine Abkehr vom geschäftsmäßigen Neoliberalismus der Alternativlosigkeit und eine Rückbesinnung zu einer zugespitzten Rhetorik gegen diese Ungleichheiten. Beginnen können wir mit dem Kampf für ... mehr Steuergerechtigkeit: Großunternehmen und Reiche müssen endlich angemessene Steuern zahlen!
 ... die Ausweitung des Arbeitslosengeld I auf 18 Monate.
 ... die deutliche Erhöhung von Mindestlohn und Hartz IV.
 ... eine Grundsicherung für Kinder.
 ... eine ernstgemeinte Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen.
 ... die längst überfällige Abschaffung des Ehegattensplittings.
 ...das Ende der Zweiklassenmedizin. ■

Naherholung mitten in der Stadt

Größter Badesee Deutschlands liegt im Herzen Nürnbergs

VON CHRISTIAN VOGEL

Die Wasserwelt Wöhrder See lädt zukünftig noch mehr zum Genießen ein. Eine große Uferwiese, ein Bewegungspark und auch ein Rollschuhparcours stehen ab sofort den großen und klei-



nen Nutzern zur Verfügung. Für die Kleinen gibt es darüber hinaus einen Wasserspielplatz und alle können und dürfen die Norikusbucht als Naturbadestelle erleben.

Die wichtigsten Fakten:

Die Gesamtfläche der Grünanlage einschließlich Neuland hat 55.000 qm – Wasserspielplatz 2.600 qm – Bewegungspark 450 qm – Biodiversitätsflächen 1.800 qm.

Im Bewegungspark und dem Rollschuhparcours bieten sich mit den darin befindlichen Fitnessgeräten vielfältige Bewegungs- und Fitnessmöglichkeiten an. Der neue Wasserspielplatz für Kinder liegt zwischen dem Haupt- und Uferweg im nordöstlichen Park. Das Rückgrat bildet ein Wasserlauf, der aus verschiedenen Quellen gespeist wird und zahlreiche Spielmöglichkeiten bietet. Im Kern des Spielplatzes schließt an den Wasserlauf eine große Sandfläche an. Hier befinden sich zum einen die Sand-Matsch-Bereiche für den Wasserlauf sowie eine Seilnetzanlage als Kletterlandschaft.

Toilettenanlagen am Südufer

Eine öffentliche Toilette am Südufer wird mit der Fertigstellung der Energie- und Umweltstation im Jahr 2019 zu Verfügung stehen. Bis zu diesem Zeitpunkt werden von SÖR weiterhin zwei Standard-Toiletten sowie eine behindertengerechte Toilette zur Verfügung gestellt. Vorgesehen ist eine mehrmalige Reinigung und Leerung (wenigstens 3x pro Woche).

Nordufer

Alle zur Diskussion stehenden Gastronomievarianten werden eine öffentliche Toilettenanlage beinhalten, die die Toilettensituation am Nordufer nachhaltig verbessert. Bis zur Errichtung einer solchen dauerhaften Lösung werden von SÖR zwei Toiletten vorgehalten.

Papierkörbe

Es werden feste Metall-Papierkörbe der herkömmlichen Modelle für die Nürnberger Grünanlagen aufgestellt. In den Sommermonaten werden zusätzlich weitere Papierkörbe bereitgestellt.

Reinigung

Die gesamte Grünanlage „Wöhrder See“ mit ihren dazu gehörigen Spielplätzen wird regelmäßig begangen und hauptsächlich durch die „noris inklusion gGmbH“ im Auftrag von SÖR gereinigt. Die NOA wird diese Flächen täglich begehen und - je nach Zustand und Nutzungsdruck - eine Säuberung der Flächen per Hand vornehmen und die Papierkörbe entleeren.

Ein Entleerungsgang erfolgt mindestens 2x pro Woche, im Bereich des Sandstrandes beziehungsweise der Norikusbucht während der Sommermonate mindestens 3x pro Woche, bedarfsweise auch öfter. Der Entleerungsturnus ist zusätzlich abgestimmt auf eine während der Sommermonate erhöhte Anzahl an Abfallbehältern. Diese werden auf Grund geringeren Abfallaufkommens während der Wintermonate regelmäßig nach Abschluss der Sommersaison wieder reduziert.

Norikusbucht als Naturbadestelle

Intensive Beprobungen und weitere Untersuchungen der Wasserqualität haben ergeben, dass die Norikusbucht offiziell als Naturbadestelle freigegeben werden kann. Freigegeben wird nur die Norikusbucht. Das bestehende Badeverbot am Wöhrder See selbst wird weiter bestehen bleiben. In Kürze wird der Stadtrat die betreffende Verordnung für die Freigabe der Norikus-



bucht als Badestelle – ohne Bade- oder Wasseraufsicht – verändern.

SÖR wird deshalb auch noch zwei Umkleideschnecken installieren. Das geschieht ökologisch nachhaltig und naturnah und ohne weitere Eingriffe in die Grünanlage und Einbauten aus Beton und Stahl. ■

SPD RATHAUS DEPESCHE

AUSGABE NR. 166

MAI 2018

Mehr über unsere Arbeit erfahren Sie auf unserer Internetseite oder auf der Facebook-Seite der SPD Nürnberg.

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser der Rathaus-Depesche,
ich möchte mich heute, nach zwanzig Jahren als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion verabschieden.

Ich wurde 1996 – das Jahr unserer bitteren Niederlage – erstmals in den Nürnberger Stadtrat und bereits 1998 zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Seit dieser Zeit konnte ich im Fraktionsvorstand mitarbeiten und hier auch meinen Teil dazu beitragen, dass die SPD-Stadtratsfraktion Vertrauen zurückgewann und wieder Verantwortung für die Stadt übernehmen konnte. Bedanken möchte ich mich bei meinen Vorstandskolleginnen und -kollegen für die gute Zusammenarbeit in diesen zwei Jahrzehnten.

Aber man sollte rechtzeitig auch mal Platz machen können, um jüngeren Fraktionsmitgliedern damit die Gelegenheit zu geben, im Vorstand mitarbeiten zu können.

Deshalb habe ich bei den vergangenen Wahlen zum Fraktionsvorstand nicht erneut kandidiert.

Bevor jetzt jemand auf die Idee kommt, der Lenz hat genug vom Stadtrat, da täuscht sie/er sich gewaltig. Ich werde weiterhin in der SPD-Stadtratsfraktion meine Ausschüsse und Themenfelder bearbeiten und Vereine und Organisationen betreuen. Es macht mir immer noch sehr viel Spaß, und wie man auch in dieser Depesche sieht, braucht es für manche Projekte – wie bei unserem Antrag zu Tempo 30 vor Kitas – einen langen Atem, bis sie Erfolg haben. Deshalb möchte ich bei den nächsten Stadtratswahlen auch erneut antreten.

Ihr

Lorenz Gradl

Lorenz Gradl
Stadtrat



NÜRNBERGER BRUNNEN SOLLEN WIEDER SPRUDELN

Wie viele Brunnen und andere Wasserspiele in Nürnberg sind derzeit nicht in Betrieb? Die SPD im Rathaus möchte einen Bericht darüber und spricht sich dafür aus, die Nürnberger Brunnen möglichst bald wieder zu reaktivieren. Außerdem soll die Stadtverwaltung eine Strategie zum künftigen Umgang mit Brunnen und Wasserspielen in der Stadt vorlegen – gerade auch in Bezug auf möglicherweise zu planende Neuanlagen.

Öffentliche Brunnen und Wasserspiele sind gerade auch in den Sommermonaten ein Magnet für die Bevölkerung und wichtiger Treffpunkt für Jung und Alt. Wie wichtig den Nürnbergerinnen und Nürnbergern „ihre“ Brunnen sind, zeigte sich nicht nur in der Sanierungsphase des „Schönen Brunnens“ oder bei der leidenschaftlich geführten De-



Brunnen in der Rosenau

batte um den zukünftigen Standort für den Kunstbrunnen am Klarisenplatz, sondern wird auch immer wieder in Gesprächen und bei Bürgerversammlungen und Bürgeranfragen deutlich. Nach Erkenntnissen der SPD-Stadtratsfraktion sind die

Beschwerden vor allem dann groß, wenn Brunnen stillgelegt werden.

Die Rathaus-SPD sieht in den Brunnen und Wasserspielen ein gutes Stück Lebensqualität für unsere Stadt. Deshalb bittet die SPD-Fraktion die Verwaltung um einen Zeit- und Kostenplan

für die notwendigen Maßnahmen, um Nürnbergs wunderbare Brunnen wieder zum Sprudeln zu bringen.

Weitere Informationen: Dr. Anja Pröllß-Kammerer, Lorenz Gradl; spd@stadt.nuernberg.de



RATHAUS-SPD SETZT AUF BILDUNGS- UND TEILHABECHANCEN GEGEN ARMUT

Mit einem umfassenden Bericht im Stadtrat – als Antwort auf den SPD-Antrag „Armutsgefährdung in Nürnberg“ – hat die Sozialverwaltung eine bedeutende und für die Zukunft wegweisende Grundlage für die Armutsbekämpfung in Nürnberg geschaffen.

Die Stadt hat selbst wenig Einfluss auf Ursachen von Armut wie Arbeitslosigkeit, geringe Einkommen, fehlende Gesundheit oder die Steuerpolitik. Umso wichtiger ist es, dass wir von der Rathaus-SPD den Schwerpunkt der politischen Arbeit dort setzen, wo Steuerungsmöglichkeiten bestehen, wie etwa bei fehlender Bildung oder geringer Qualifikation: Unsere

Megainvestitionen in Bildung, quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung und (Ganztags-) Schulen sind eben auch Bausteine zur Armutsprävention – wie auch der Ausbau der Jugendsozialarbeit und Investitionen in Programme für mehr Schulerfolg und die Reduzierung von Schulabbrüchen.

Bei der Abfederung der Folgen von Armut hat die Stadt traditionell mehr Handlungsspielraum und dementsprechend eine ganze Reihe von wichtigen Instrumenten aufgebaut: vom Nürnberg-Pass über die BuT-Leistungen für Kinder bis hin zu den Stadtteilkoordinatoren – das gilt es zu sichern und auszubauen.

Vor allem die zunehmend belastenden Wohnkosten erfordern ein aktives kommunales Gegensteuern. Wir von der SPD-Fraktion sprechen uns seit Langem für mehr sozialen Wohnungsbau aus.

Die Quote von 30 Prozent gefördertem Wohnungsbau wie die Vergabe städtischer Grundstücke an die wbg und andere soziale und kirchliche Wohnungsbaugesellschaften sind hier ein Anfang, um auch besonders hilfebedürftigen Menschen einen Zugang zum Wohnungsmarkt zu verschaffen.

Weitere Informationen: Dr. Anja Pröls-Kammerer, Thorsten Brehm, Gabriele Penzkofer-Röhrl; spd@stadt.nuernberg.de

TEMPO 30 VOR KINDERTAGESEINRICHTUNGEN KOMMT

Die SPD-Stadtratsfraktion freut sich sehr, dass demnächst als weiterer Schritt für mehr Sicherheit der Nürnberger Kinder im Straßenverkehr an 12 Horten Geschwindigkeitsbeschränkungen eingeführt werden. Damit setzt die Stadtverwaltung unseren Antrag aus dem Jahr 2011 um. Die SPD-Fraktion wollte damals wissen, ob Tempo-30 nicht nur vor Schulen, sondern auch vor Kindertageseinrichtungen (Kitas) angeordnet werden kann, um die Kinder zu schützen.

Es hat zwar gedauert, aber inzwischen wurden – u.a. auch auf eine Städtetagsinitiative der Stadt Nürnberg hin – auf Bundes- und Landesebene die notwendigen Gesetzesänderungen und Weichenstellungen vorgenommen. So darf seit kurzem auch auf Bundes-, Staats- und anderen Hauptverkehrsstraßen Tempo-30 gelten, wenn Schulen, Krankenhäuser, Altenheime und eben auch Kitas in der Nähe sind. Dies war vorher an



Tempo 30 vor der Kita in der Praterstraße gilt bereits, ebenso wie vor dem Wohnstift gegenüber.

sehr hohe Hürden gebunden. Zwar muss auch nach der erfolgten Neuregelung weiterhin eine Einzelfallprüfung erfolgen, im Falle der geprüften Horte war diese aber in fast allen Fällen positiv.

Jetzt kann gleich der nächste Schritt für mehr Verkehrssicherheit besonders Schutzbedürftiger getan werden, die stadtweite Überprüfung aller Senioreneinrichtungen im Hinblick auf Tempo-30.

Weitere Informationen: Lorenz Gradl, Gerhard Groh; spd@stadt.nuernberg.de



RATHAUS-SPD GEGEN MEDIKAMENTE UND HORMONE IM WASSER

Die SPD-Stadtratsfraktion möchte in einem Bericht über die Trinkwasserqualität in Nürnberg geklärt sehen, inwieweit chemischen Mikroschadstoffe wie Arzneimittelrückstände, Hormone, Röntgenkontrast- und Pflanzenschutzmittel im Hinblick auf momentane und künftige Belastungen analysiert werden können.

Unser Grundwasser wird nicht nur durch Gülle und Pestizide belastet, sondern auch durch Arzneimittelrückstände und Hormone. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) geht zudem von einem deutlichen Anstieg des künftigen Arzneimittelverbrauchs aus. Damit steige auch die Wasserbelastung, so der BDEW, denn

etliche Medikamentenrückstände gelangten über häusliche Abwassersysteme wieder ins Gebrauchs- und sogar Trinkwasser, da sie nicht aus-



Symbolbild: Arzneimittel werden in die Toilette geschüttet

reichend geklärt werden könnten. Eine gesundheitliche Gefahr für Menschen bestehe zwar nicht, aber langfristige Auswirkungen auf Gewässer, Lebewesen und Natur sind wenig

erforscht. Studien legen z.B. nahe, dass Hormonreste von Antibabypillen die Fortpflanzung von Tierarten beeinträchtigen und Antibiotikarreste die Resistenzproblematik verschärfen.

Bundesweit wird derzeit über Kläranlagen mit vierter Reinigungsstufe zur Entfernung von Mikroschadstoffen diskutiert. In Bayern läuft hierzu ein Modellversuch in Weißenburg. Deshalb fordert die SPD-Fraktion einen zweiten Bericht über Erfahrungen mit der Testanlage in Weißenburg und in anderen deutschen Städten. Die

Rathaus-SPD will auch wissen, ob eine vierte Reinigungsstufe für Nürnberg in Frage kommt.

Weitere Informationen: Eva Bär, Gerhard Groh; spd@stadt.nuernberg.de



GEBURSTHILFE DER HEBAMMEN MUSS BESSER HONORIERT WERDEN

Ende 2017 hat die Staatsregierung beschlossen, die Geburtshilfe in Bayern mit einem 30-Millionen-Programm dauerhaft zu stärken. Landkreise und kreisfreie Städte wie Nürnberg sollen pro Neugeborenem bis zu 40 Euro zur Verbesserung und Stärkung der Hebammenhilfe erhalten. Die Mittel sollen bereits 2018 fließen.



Mutter und Kind sind wohlauf nach der Hebammengeburt

Da die inhaltliche Ausgestaltung bei den Kommunen liegt, fordert die Rathaus-SPD nun ein abgestimmtes Konzept zur Verbesse-

rung der kommunalen Hebammenversorgung. Auch in Nürnberg – mit seinen rund 5.500 Geburten im Jahr –

klagen Schwangere, junge Mütter, Hebammen und andere Fachkräfte immer mehr darüber, dass Frauen, die eine ambulante Betreuung durch Hebammen wünschen, diese aus Kapazitätsgründen nicht erhalten.

Besonders Schwangere, die erst kurz in Nürnberg und Umgebung leben oder sich wenig auskennen sowie Frauen mit psychosozial belastendem Hintergrund sind

betroffen. Aus Sicht der SPD-Fraktion braucht es die Vernetzung zwischen Gesundheits- und Jugendhilfever-

waltung sowie den niedergelassenen Hebammen, um den Zugang zu diesen schwangeren Frauen zu gewährleisten.

Auch wenn Fragen der Bezahlung, der Personalgewinnung und -bin-

dung mit den Mitteln des Förderprogramms nicht gelöst werden, hoffen wir von der SPD-Fraktion, damit auch in Nürnberg die Geburtshilfe stärken zu können. Uns ist wichtig, dass insbesondere auch die Hebammen bei der Erarbeitung des Programms ein-

bezogen werden, da sie aus der Praxis beurteilen können, wo das Geld am sinnvollsten eingesetzt werden kann.

Weitere Informationen: Sonja Bauer, Anita Wojciechowski; spd@stadt.nuernberg.de



SPLITTER AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTEILEN

Aus den Stadtteilen

WORZELDORF

Der Waldspielplatz am Ende des Heckenrosenwegs in Worzeldorf ist von Bürgermeister Christian Vogel und Stadträtin Claudia Arabackj wiedereröffnet worden. Der marode Spielplatz war erneuert, erweitert und mit neuem Spielgerät versehen worden. Stadtrat Harald Dix hatte sich seit Mai 2015 um das Projekt gekümmert. Unterstützung erhielt er von Stadtkämmerer Harald Riedel, vom staatlichen Forstamt, vom Verein Naherholungsgebiet Lorenzer Reichswald und Umgebung, von Thomas Körber, Leiter des Bürgeramts Süd, und vom Bürgerverein Worzeldorf.

LICHTENHOF, GALGENHOF, HUMMELSTEIN, STEINBÜHL

Auf dem Spielplatz im Annapark am Ritter-von-Schuh-Platz steht neuerdings ein Drehteller mit Fallschutz. Vor eineinhalb Jahren hatten sich auf einer Kinderversammlung die Mädchen und Jungen für den Annapark u.a. Spielgeräte gewünscht, die auch für ältere Kinder interessant sind. Für den 8.300 Euro teuren Drehteller hat der Rotary Club Nürnberg-Kaiserburg über das städtische Programm „Aus 1 mach 3“ rund 2.750 Euro gespendet.

RÖTHENBACH

Der für 1,5 Mill. Euro runderneuerte Kulturladen Röthenbach – ein denkmalgeschütztes ehemaliges Schulhaus in der Röthenbacher Hauptstr. 74 mit dem

1877 errichteten Vorderhaus samt Uhrenturm und dem 1907 ergänzten Hinterhaus – erstrahlt in neuem Glanz: Ob Ausstellung, Konzert, Kleinkunst oder Bildung, der neue Veranstaltungsraum fasst rund 100 Besucher, siehe: <https://kuf-kultur.nuernberg.de/kulturlaeden/kulturladen-roethenbach/>

WÖHRD

Einen frischen Fahrradstreifen bekommt die stadtauswärtige Fahrbahn der Bayreuther Str. zwischen Sulzbacher Str. und Ludwig-Feuerbach-Str. durch den Servicebetrieb Öffentlicher Raum (SÖR). Dabei werden die Oberflächen von Parkständen und Gehweg erneuert und die Randsteinlinie angepasst. Der erste Bauabschnitt von der Lenbachstr. bis zur Feldgasse ist bereits beendet, alle weiteren sollen bis Juli 2018 folgen.

Aus dem Stadtrat

INTERAKTIVER HAUSHALT

Die Stadt Nürnberg hat für das Haushaltsjahr 2018 erstmals einen sogenannten „Interaktiven Haushalt“ eingeführt, mit dem die Haushaltsdaten transparent und übersichtlich über das Internet präsentiert werden können. Ab sofort ist nun der Zugang auf die Zahlen des Haushalts 2018 über den Internetauftritt des Referats für Finanzen, Personal, IT und Organisation möglich: www.stadtfinanzenverwaltung.nuernberg.de

E-PARTIZIPATION

Der Stadtrat hat die Online-Beteiligungen (E-Partizipationen) „Wickel- und Stillmöglichkeiten in der Innenstadt“, „Mobilitätsstationen Carsharing“ und „Jamnitzer Platz“ im Jahr 2018 beschlossen. Zudem hat er einer bedarfsgerechten Ausweitung ab 2019 zugestimmt. Infos zu den aktuellen Online-Beteiligungen unter www.onlinebeteiligung.nuernberg.de

WICKELN UND STILLEN

Wohin, wenn es mal schnell gehen muss beim Einkauf, bei Behördengängen oder einem Stadtpaziergang mit Baby oder Kleinkind? Diesem praktischen Thema für Familien und alle, die mit Kindern zu tun haben, widmet sich eine Onlinebeteiligung der Stadt Nürnberg noch bis Freitag, den 11. Mai 2018 unter www.onlinebeteiligung.nuernberg.de. Unter dieser Url ist auch eine interaktive Karte der Wickel- und Stillmöglichkeiten in Nürnberg abrufbar.

ATELIERFÖRDERUNG

Das Kulturreferat der Stadt Nürnberg unterstützt seit vielen Jahren in Nürnberg ansässige Künstlerinnen und Künstler bei der Finanzierung ihrer Werkstätten. Noch bis zum 30. Juni 2018 können sich alle Kunstschaffenden für einen Mietszuschuss bewerben, Details unter www.kunstkulturquartier.de/kunsthalle/service-info/atelierfoerderung/

Entschlossen gegen das neue Polizeiaufgabengesetz - gemeinsam für Freiheit!

VON TIM KOSS

Was die CSU mit dem neuen Polizeiaufgabengesetz plant, könnte auch gut und gerne als Fortsetzung von George Orwells „1984“ gelten. Wer hierbei noch

Damit verfügt die Bayerische Polizei in Zukunft zur allgemeinen Gefahrenabwehr über deutlich weitreichendere Befugnisse als das BKA zur Terrorabwehr und die Strafverfolgungsbehörden zur Verbrechensbekämpfung.

entschieden gegen den das geplante Gesetz: „Wir wollen einen Frei-Staat und keinen Polizei- & Überwachungsstaat! Sowohl beim PAG, als auch beim



Fotos: Rüdiger Löster

von innerer Sicherheit redet, hat die weitreichenden Befugnisse der Polizei noch nicht erkannt: Der Richtervorbehalt wird ausgehebelt und die Eingriffsschwelle der Polizei herabgesetzt. Bei „drohender Gefahr“ darf die Polizei bereits tätig werden und weitreichende Überwachungs- und Zwangsmaßnahmen ausüben. Was genau unter „drohender Gefahr“ zu verstehen ist, definiert das Gesetz übrigens nicht. Das heißt: Die Polizei entscheidet selbst, wen sie wann und mit welchen Mitteln überwacht. Grundrechte ohne konkreten Verdacht außer Kraft setzen? Wir sagen nein!

Unter anderem erlaubt wird:

- Telekommunikationsüberwachung & Online-Durchsuchung
- Beschlagnahmung des Vermögens
- Datenlöschung und Datenmanipulation im Rahmen der Online-Durchsuchung
- Postbeschlagnahmung
- Einsatz von Videoüberwachungstechnologie (auch in der Wohnung)

Knapp 3.000 Teilnehmer/innen demonstrierten deswegen auf dem Aufseßplatz gegen diesen Weg in den Überwachungsstaat, allen voran Redner Stefan Schuster, MdL: „Das Gesetz geht bis an den Rand der Verfassung und darüber hinaus. Es darf nicht in Kraft treten.“

Auch Bezirkstagskandidatin Magdalena Reiß stellte sich in ihrer Rede

Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz tritt die CSU Grundrechte mit Füßen! Und wozu? Um Wähler am rechten Rand abzufangen!“

Erneut drückt sich die CSU davor, die innere Sicherheit in Bayern endlich effektiv zu verbessern. Dazu zählt weder eine Landespolizei, die zum Geheimdienst umgeformt wird, noch eine Grenzpolizei, deren Aufgaben noch nicht einmal definiert werden können.

Was wir tatsächlich brauchen:

- Mehr Polizei auf der Straße
- Bessere Bezahlung und Ausrüstung der Beamten
- Effektiven Abbau der Millionen von Überstunden ■

KIRCHWEIH-TERMINE DER ORTSVEREINE

Kornburg: 29.06. - 19:00 Uhr Kirchweihstammtisch Gasthof weißes Lamm

Nordostbahnhof: 03.06. - 10:00 Uhr Kirchweihstammtisch SPD

Ziegelstein: 20.07. - 18:30 Uhr Kärwastammtisch Biergarten Grüne Au

Worzeldorf: 03.08. - 18:00 Uhr Kirchweih Bieranstich mit Claudia Arabackyj

Almoshof/Thon: 08.06. - 19:00 Uhr Kirchweihstammtisch mit OV Maxfeld

Boxdorf: 16.07. - 11:00 Uhr Kärwa Stammtisch beim Frühschoppen
29.06. - 19:00 Uhr Kärwa Schniegling/Wetzendorf

Großgründlach: 10.08. - 19:00 Uhr Kirchweihstammtisch

Neunhof: 07.09. - 19:30 Uhr Kirchweihstammtisch

Termine

07.05.2018 - 19:30 Uhr
Rote Runde Hasenbuck
Gasthof Süd,
Ingolstädter Straße 51

08.05.2018 - 17:00 Uhr
Mieterbüro der SPD
Nürnberg: Sprechstunde
bis 19 Uhr

08.05.2018 - 17:00 Uhr
Elternbüro der SPD
Nürnberg: Sprechstunde
bis 19:00 Uhr. Bitte mel-
den Sie sich vorher unter
0911/438960 an, damit wir
auf Ihren Besuch gut vor-
bereitet sind. Karl-Bröger-
Zentrum, Karl-Bröger-Str. 9

08.05.2018 - 19:30 Uhr
SPD Nordostbahnhof:
Ortsvereinstreffen
SIGENA, Plauenerstr.7

08.05.2018 - 19:30 Uhr
SPD Laufamholz:
Mitgliedertreffen
SVL Sportheim,
Schupfer Str. 81

08.05.2018 - 19:30 Uhr
SPD Eibach-Röthenbach-
Maiach: Ortsvereinssitzung
Kulturladen in der Röthen-
bacher Hauptstraße 74

Integration statt Islam-Debatte – meine neuen Aufgaben im Bundestag

VON GABRIELA HEINRICH, MdB

Wie funktioniert Integration besser? Was machen wir mit Menschen, die keinen Anspruch auf Asyl haben? Mit solchen Fragen beschäftige ich mich jetzt als neues Mitglied im Innenausschuss des Bundestages.



Konkrete Politik ist hier gefragt, die hundertste Islam-Debatte bringt dagegen gar nichts.

Integration ausbauen

Auch wenn die Flüchtlingszahlen mittlerweile sinken: wir müssen die Integration für diejenigen weiter ausbauen, die bleiben. Im Koalitionsvertrag haben wir festgelegt, dass wir eine bundesweite Integrationsstrategie umsetzen wollen. Wer auf absehbare Zeit in Deutschland bleibt, soll noch leichter Zugang zu Ausbildung und Arbeit erhalten – es ist kein bisschen sinnvoll, diese Menschen mit Nichtstun verharren zu lassen. Gleichzeitig wollen wir Spracherwerb und Integrationskurse weiter ausbauen. Dazu gehört auch die Vermittlung von Werten, die in Deutschland gelten, wie die Gleichberechtigung von Frauen und Religionsfreiheit für alle. Gerade Frauen und Mütter mit Migrationshintergrund müssen

wir noch stärker in den Blick nehmen, weil sie für die Integration der Familie eine große Rolle spielen.

Schnellere Entscheidungen

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entscheidet mittlerweile über neue Asylanträge sehr schnell (meist in unter drei Monaten). Nach positiven Entscheidungen stehen zeitnah alle Integrationsmöglichkeiten offen. Allerdings gibt es sehr viele Klagen, wenn ein Asylantrag abgelehnt wird. Diese Verfahren dauern im Schnitt acht Monate, oft auch länger. Hier müssen wir schneller werden, denn lange Unklarheit hilft niemandem. Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, die Verfahren zu beschleunigen und 2.000 neue Stellen an den Gerichten zu schaffen.

Rechtsstaatlichkeit

Rechtsstaatlichkeit bedeutet auch, dass rechtsstaatliche Entscheidungen umgesetzt werden. Es wäre ja auch absurd, erst ein teils jahrelanges, aufwendiges Verfahren aus Asylantrag und Gerichtsverfahren durchzuführen, wenn wir hinterher sagen, dass das Ergebnis eigentlich egal ist. Viele Menschen können jedoch nicht abgeschoben werden, obwohl ihr Asylantrag abgelehnt wurde. Oft haben die Betroffenen keinen Pass, die Herkunftsländer arbeiten nicht gut mit uns zusammen. Es ist ein mühseliger Prozess, hier zu Lösungen zu kommen. Man löst das Problem aber nicht mit markigen Sprüchen – oder einem bisher völlig unkonkreten „Masterplan für Abschiebungen“, wie ihn Horst Seehofer als inhaltsleeres Schlagwort genannt hat.

Sachpolitik ist gefragt!

Was wir nicht brauchen, ist „Herumgepolter“ mit Überschriften statt Inhalten, ausgrenzenden Islam-Debatten und einem Heimatministerium, von dem niemand weiß, was es überhaupt machen soll. Ich hoffe, dass unser neuer Innenminister, Horst Seehofer, den Weg in die Sachpolitik findet. Das Innenministerium ist zu wichtig, um lediglich als Kulisse für den CSU-Landtagswahlkampf zu dienen! ■

SPD-Gesetzentwurf: mehr Mitbestimmung und bessere Arbeitsbedingungen

Freistaat soll ein guter Arbeitgeber werden

VON STEFAN SCHUSTER, Mdl

Der Fachkräftemangel und der steigende Wettbewerb am Arbeitsmarkt gehen auch am Öffentlichen Dienst nicht spurlos vorbei. Aber anstatt mit guten Arbeitsbedingungen und moderner Mitbestimmung am Arbeitsmarkt zu punkten, hinkt der Freistaat anderen Bundesländern hinterher. Im Auftrag der SPD-Fraktion habe ich als Sprecher für den Öffentlichen Dienst einen Gesetzentwurf für eine grundlegende Reform des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes eingebracht.

Umfassende Mitbestimmung durch Personalvertretung

Wir setzen uns ein für die Allzuständigkeit der Personalvertretung. Das heißt, Personalräte sollen bei allen personellen, sozialen, organisatorischen und sonstigen innerdienstlichen Maßnahmen mit am Tisch sitzen. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir eine grundsätzlich gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Personalvertretung und Dienststellenleitung erreichen. Aus Gesprächen mit Kollegen aus anderem Bundesländern wissen wir, dass die Allzuständigkeit den partnerschaftlichen Umgang zwischen Personalvertretung und Dienststellenleitung fördert und für Rechtssicherheit sorgt.

Ausreichende Freistellung von Personalräten

Wir fordern die Freistellung von Personalräten, so wie im Betriebsverfassungsgesetz und im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen. Der Vergleich mit anderen Ländern zeigt die schwierige Situation für Personalräte in Bayern: In NRW wird ab 200 Mitarbeitern ein Personalratsmitglied freigestellt, in Bayern erst ab 400. Bei höheren Mitarbeiterzahlen wird die Diskrepanz noch

größer. So werden in NRW in Dienststellen mit 1.500 bis 1.600 Mitarbeitern insgesamt vier Personalratsmitglieder freigestellt, in Bayern dagegen nur zwei.

Verbesserte Arbeitsmöglichkeiten für die Personalräte

Die Personalräte brauchen, um ihren Job ordentlich erledigen zu können, Unterstützung. Deshalb fordern wir für jeden freizustellenden Personalrat eine halbe Bürokräft. Bisher gibt es nur eine vage Regelung dafür. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir außerdem einen Wirtschaftsausschuss einführen. Der Wirtschaftsausschuss soll mit mindestens einem Mitglied aus dem Personalrat besetzt sein und umfassend über wirtschaftliche Angelegenheiten unterricht-



tet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Personalvertretung immer über aktuelle Entwicklungen wie die wirtschaftliche Lage der Dienststelle, beabsichtigte Rationalisierungsvorhaben und die Einführung neuer Arbeitsmethoden informiert wird.

Im April kam unser Gesetzentwurf in erster Lesung in den Landtag. Wir sind gespannt, mit welchen Forderungen wir uns bei den weiteren Beratungen durchsetzen und die Mitbestimmungsrechte für die 650.000 beim Freistaat Beschäftigten verbessern können. ■

Termine

08.05.2018 - 19:30 Uhr

SPD Ziegelstein:
Ortsvereinsitzung
Gaststätte TUSPO,
Herrnhüttestraße 75

08.05.2018 - 19:30 Uhr

SPD Worzeldorf:
Mitgliederversammlung
mit Claudia Arabackjy und
Magdalena Reiß, Sportgast-
stätte des SC Worzeldorf,
Friedrich-Overbeck-Str. 25

08.05.2018 - 19:30 Uhr

SPD Reichelsdorf-Mühlhof:
Mitgliederversammlung
Sportgaststätte
SV Reichelsdorf

08.05.2018 - 19:30 Uhr

SPD Gostenhof: Sitzung
Kleiner Saal, Nachbar-
schaftshaus Gostenhof,
Adam-Klein-Straße 6

09.05.2018 - 19:00 Uhr

AG Migration und Vielfalt:
Sitzung
Käte-Strobel-Saal, Karl-Brö-
ger-Zentrum, Karl-Bröger-
Straße 9

09.05.2018 - 19:00 Uhr

SPD Gibitzenhof-Steinbühl:
OV-Treffen
Raum Riepekohl, Karl-Brö-
ger-Zentrum, Karl-Bröger-
Straße 9

Termine

13.05.2018 - 12:00 Uhr
 SPD Muggenhof-Doos:
 Muttertags-Infostand
 bis 15:00 Uhr

15.05.2018 - 19:30 Uhr
 SPD Fischbach:
 Mitgliederversammlung
 Gaststätte TSV Altenfurt,
 Wohlaer Str. 16

15.05.2018 - 19:30 Uhr
 SPD Langwasser: Armut in
 Deutschland und die Tafeln

16.05.2018 - 18:30 Uhr
 SPD Südwest:
 Politischer Stammtisch
 Sportgaststätte SG Nürn-
 berg-Fürth, Regelsbacher
 Str. 56

16.05.2018 - 19:30 Uhr
 SPD Hummelstein:
 Aktiventreff
 Wirtshaus Galvani,
 Galvanistr. 10

17.05.2018 - 12:01 Uhr
 SPD Muggenhof-Doos:
 Tanz im Mai mit der Roten
 Luftpumpe
 Kulturwerkstatt Auf AEG,
 Fürther Straße 244d

22.05.2018 - 14:00 Uhr
 AG 60+: Aktivensitzung
 Wilhelm-Riepekoohl-Raum
 im Karl-Bröger-Zentrum,
 Karl-Bröger-Straße 9

Smart Farming: Wie Digitalisierung die Landwirtschaft verändert

VON ARIF TASDELEN, MdL

Die Digitalisierung verändert unsere Art zu kommunizieren, zu arbeiten und einzukaufen. Dabei macht sie vor der Landwirtschaft nicht halt. Ganz im Gegensatz ist die Landwirtschaft schon weiter digitalisiert als manch andere Branche. Während in der Automobilindustrie über autonomes Fahren ab 2020 diskutiert wird, sind der GPS-betriebene Traktor und das digitale Gewächshaus längst Realität.

Der digitale Wandel kann für die Landwirte, die Umwelt und den Verbraucher eine

Wasser- und Nährstoffbedarf aufs Smartphone schicken. Und Maschinen, die Unkrautvernichter eigenständig und nur dort sprühen, wo auch Unkraut wächst. Was nach Zukunftsmusik klingt, ist mancherorts bereits Alltag, wie Kurt Herbinger berichtete. Bei der anschließenden Diskussion mit den Landwirten und Anwohnern haben wir festgestellt, dass unsere Landwirte im Knoblauchsland bereits gut aufgestellt sind und die Herausforderungen der Digitalisierung angenommen haben. Der Abend wurde musikalisch hervorragend begleitet vom Landfrauenchor Nürnberg-Stadt unter der Leitung von Roland Reck.



Bei der Veranstaltung wurde aber auch deutlich, dass wir als Politiker die Landwirte vor Ort beim digitalen Wandel nicht alleine lassen dürfen. Die neuen Technologien bieten zwar zahlreiche Vorteile. Sie bringen aber auch viele Unsicherheiten und Herausforderungen mit sich, die wir ernst nehmen

Chance sein. Deshalb ist die Digitalisierung im Knoblauchsland, einem der größten zusammenhängenden Gemüseanbaugebiete, ein sehr wichtiges Thema.

Aus diesem Grund habe ich im Namen unserer SPD-Landtagsfraktion die Landwirte, Gemüseerzeuger und einen Branchenexperten ins Knoblauchsland eingeladen. In dem Vortrag „Smart Farming: Wie Digitalisierung die Landwirtschaft verändert“ gab Diplom-Ingenieur Kurt Herbinger von der Firma FarmFacts faszinierende Einblicke, wie die Landwirtschaft von morgen aussieht: Roboter, die Äpfel pflücken. Sensoren im Boden, die dem Landwirt Daten über den

müssen. Für Bedenken sorgen zum Beispiel immer wieder die Frage der Datensicherheit, hohe Einstiegs- und Anschaffungskosten oder fehlendes IT-Know-how. Auch in Zukunft müssen wir deshalb an dem Thema dranbleiben.

Die Landwirte im Knoblauchsland wahren Tradition und Regionalität. Sie versorgen unsere Region auf kurzen Wegen mit Frische und Qualität. Deshalb werde ich mich auch weiterhin für bestmögliche Rahmenbedingungen einsetzen, damit die Digitalisierung im Sinne unserer Landwirte, der Verbraucher und der Natur gestaltet wird.

■

#freistarten mit den Jusos Bayern

Nürnberg auf Landesebene stark vertreten

VON PAUL KALTENEGER

Bayreuth im April – 100 Jusos aus ganz Bayern kamen für die alljährliche Landeskonferenz der Jusos Bayern zusammen. Darunter waren dieses Jahr ein halbes Dutzend Nürnberger*innen, die über die Positionen der Jusos zur Landtagswahl abstimmten und den Vorstand der Jusos Bayern wählten. Die Wahlen gaben den Jusos Nürnberg allen Grund zur Freude: Oguz Akman und

So heißt es bei uns nicht nur #freistarten, sondern vor allem #Magdamachts. Einen großen Schub für unsere bayernweite Kampagne liefern neue Gesichter und frische Ideen: Über 2.000 Neueintritte innerhalb eines Jahres bedeuten für die Jusos Bayern rekordverdächtige 8.110 Mitglieder. Um die Wahlkampagne mit Inhalten zu füllen, machten die Delegierten in Bayreuth deutlich, wie es in den Wahlkampf gehen soll. Die mit über 95% der Stimmen gewählte



Die Nürnberger Delegierten auf der Landeskonferenz 2018 der Jusos Bayern

Landesvorsitzende Stefanie Krammer:

„Wir stehen für ein klares linkes Profil der SPD. Wir wollen ein Bayern ohne Verbotspolitik, ohne finanzielle und soziale Hürden, ohne Ausgrenzung und ohne rechte Hetze, sondern mit freier Entfaltung, chancengerechter Bildung, bezahlbarem Wohnraum und kostenlosem Nahverkehr. Die Politik der CSU steht für Ausgrenzung, Schleifung von Freiheitsrechten und Überwachung. Die Neufassung des Poli-

zeiaufgabengesetzes ist das beste Beispiel dafür. Das ist mit uns nicht zu machen. Darum schließen wir diese Koalitionsmöglichkeit kategorisch aus.“

Zu unseren zentralen Forderungen gehören, das Wahlalter auf 14 Jahre abzusenken, ein bayernweites Schüler*innen-, Studierenden- und Auszubildendenticket, die Schaffung einer staatlichen Wohnungsbau-gesellschaft, sowie eine gesetzliche, flächendeckende Mindestauszubildenenvergütung. Die gesamten Beschlüsse der Landeskonferenz im Detail werden bald unter jusos-bayern.de/ueber-uns/beschlusse/ online zu finden sein. Vor allem sollen sie sich aber im Wahlprogramm der Bayern-SPD wiederfinden und im Wahlkampf an jedem Infostand und in jedem Flyer präsent sein. ■

Hannah Fischer kandidierten erneut für den Landesvorstand und wurden mit starken Ergebnissen gewählt. Für ihre gute Arbeit in den letzten Jahren wurden die beiden Nürnberger Kandidat*innen mit dem Titel als „Stimmenkönig“ und „Stimmenkönigin“ belohnt. Neben den Wahlen des Vorstands stand die Landeskonferenz ganz im Zeichen der Landtagswahl im Oktober.

Jusos stellen sich für den Wahlkampf auf

Die Landeskonferenz bildete den Auftakt der Jusos Wahlkampagne #freistarten. Personell starten die Jusos Bayern mit aussichtsreichen Kandidaturen in allen Bezirken in die Wahlen. Während sich vielerorts Jusos um das Direktmandat für den Landtag bewerben, gehen wir in Nürnberg mit Magdalena Reiß als aussichtsreiche Kandidatin für den Bezirkstag in den Wahlkampf.

Termine

22.05.2018 - 17:00 Uhr
Mieterbüro der SPD
Nürnberg: Sprechstunde
bis 19 Uhr

29.05.2018 - 19:00 Uhr
SPD Gartenstadt:
Aktivensitzung
Gaststätte Gesellschafts-
haus Gartenstadt, Buchen-
schlag 1

01.06.2018 - 18:00 Uhr
SPD Nordostbahnhof:
Kirchweiheröffnung
mit Christian Vogel, Leipzi-
ger Platz

03.06.2018 - 10:00 Uhr
SPD Nordostbahnhof:
Kirchweihfrühschoppen
mit Gabriela Heinrich,MdB
und Arif Tasdelen,MdL,
Leipziger Platz

04.06.2018 - 19:30 Uhr
Rote Runde Hasenbuck
Gasthof Süd, Ingolstädter
Straße 51

05.06.2018 - 17:00 Uhr
Elternbüro der SPD
Nürnberg: Sprechstunde
bis 19:00 Uhr. Bitte mel-
den Sie sich vorher unter
0911/438960 an, damit wir
auf Ihren Besuch gut vor-
bereitet sind. Karl-Bröger-
Zentrum, Karl-Bröger-Str. 9

Erfolgreiche Gründung des Arbeitskreis Umwelt

Guter Schritt in Richtung Erneuerung der Partei

VON MICHAEL SCHMITT U. NASSER AHMED

Am 4. März entschied sich die Basis der SPD für eine neuerliche Beteiligung an einer Großen Koalition. Gleichzeitig ist sich die absolute Mehrheit der GenossInnen einig: ein „weiter so“ darf es nicht geben. So ist es bezeichnend, dass sich in der NürnbergSPD nur einen Tag später, am 5. März, ein neuer Arbeitskreis Umwelt gegründet hat. Denn: nicht zuletzt in diesem wichtigen Feld haben der SPD im Bundestagswahlkampf zukunftsweisende und griffige Antworten auf die Zukunftsherausforderungen, die viele Menschen bewegen, gefehlt.

Auf Einladung unseres Vorsitzenden Thorsten Brehm fanden sich um die 20 unerschrockene Genossinnen und Genossen ein, um mit dabei zu sein. Die Bedeutung dieser Veranstaltung wurde durch die Anwesenheit unseres Fürther Bundestagsabgeordneten Carsten Träger besonders unterstrichen. Nasser Ahmed und Geschäftsführer Michael Arnold leiteten die erste Sitzung. Eingangs berichtete Carsten Träger, der kürzlich zum umweltpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion gewählt wurde, von seiner Arbeit

im Bundestag. In der darauf folgenden Diskussion wurde schnell klar, dass einige der Anwesenden mit den erzielten Ergebnissen im Koalitionsvertrag nicht besonders glücklich sind.

Die Vernachlässigung umwelt- und klimapolitischer Ziele in der Vergangenheit – Stichwort Braunkohleausstieg, um nur ein Beispiel zu nennen – die übersichtlichen und zum Teil all zu neutral gehaltenen Formulierungen im Koalitionspapier, gepaart mit viel Enthusiasmus auch im regionalen Bereich (autofreie Innenstadt Nürnberg) ist offensichtlich für viele der Teilnehmer ein echter Antrieb, sich in diesem AK einzubringen. Aber es wurden auch andere Fragen oder Punkte angesprochen:

- Wie können die im Pariser Klimaabkommen 2015 festgehaltenen Ziele noch realisiert werden?
- Wie kann man die Ernährung der Weltbevölkerung auf Dauer unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit gewährleisten?
- Wie kann ein fairer Welthandel aussehen, der umweltgerecht ist und gleichzeitig die Länder des globalen Südens nicht mehr systematisch benachteiligt?

- Wie kann man künftig den steigenden Energiebedarf, insbesondere der Schwelmländer, decken?
- Wie den Ausstoß der Treibhausgase regulieren und reduzieren?
- Wie kann ein schonender Umgang mit knappen Ressourcen aussehen?
- Und was kann eine Stadt wie Nürnberg und jeder einzelne von uns, dazu beitragen?
- Wie sieht eine ökologisch sinnvolle urbane Umweltpolitik aus?
- Wie könnte eine artgerechte Tierhaltung aussehen?

Mit einem förmlichen Akt wurde die Gründung des AK Umwelt offiziell beschlossen. In einem ersten Schritt wurde Michael Schmitt aus dem Ortsverein Ziegelstein – einstimmig – zum Sprecher des Arbeitskreises gewählt.

Jede und Jeder ist ganz herzlich zur Mitarbeit eingeladen. Unabhängig davon werden wir regelmäßig von unseren hoffentlich positiven Ergebnissen berichten. Die Stimmung der Gründungsveranstaltung war geprägt von Aufbruch und Entschlossenheit. Es hat richtig Spaß gemacht. Ein ganz großes Dankeschön an alle. ■

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang Juni 2018!